



an den

EINWOHNERRAT EMMEN

55/10 Beantwortung der Dringlichen Motion vom 16. November 2010 von Thomas Bühler namens der FDP Fraktion betreffend Entlastungspaket

Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit der Motion 55/10 wird der Gemeinderat aufgefordert, dem Einwohnerrat bis spätestens Ende April 2011 ein ausgewogenes und nachhaltiges Entlastungspaket vorzulegen. Der Motionär verweist auf den BAFIP 2011 – 2015. Er führt weiter an, dass die hohen Abschreibungen und Zinskosten aufgrund der geplanten Investitionen von rund CHF 85 Mio. die Laufende Rechnung in den kommenden Jahren stark belasten werden. Er geht weiter davon aus, dass der Kanton und der Bund vermehrt Lasten auf die Gemeinden übertragen und deshalb die Handlungsfähigkeit der Gemeinde Emmen in Zukunft erheblich eingeschränkt sein wird.

Die Motion verlangt, dass in diesem Entlastungspaket konkrete Massnahmen vorgeschlagen werden, die kurz-, mittel- und langfristig umsetzbar sind. Dabei können die Veränderungen auf der Ausgaben- und/oder Einnahmenseite erfolgen. Gleichzeitig soll für die Beurteilung der Nachhaltigkeit und der Entscheidungsfindung allfälliger Leistungskürzungen eine Kosten-/Nutzenanalyse beigezogen werden.

Der Gemeinderat hat nach der Erstellung des Budgets und in der Klausursitzung vom November 2010 festgehalten, dass Massnahmen für das Budget 2012 und Folgejahre eingeleitet werden müssen. Der Gemeinderat sieht vor, in den ersten Monaten des Jahres 2011 ein Massnahmenpaket zu erstellen und dieses in der Klausursitzung anfangs Juni 2011 - nach Vorliegen der Jahresrechnung 2010 - mit dem Rohbudget 2012 zu diskutieren und zu verabschieden. Der Einwohnerrat soll an seiner Sitzung vom 5. Juli 2011 darüber befinden können. Somit ist gewährleistet, dass die getroffenen Entscheide rechtzeitig ins Budget 2012 einfließen können.

Der Gemeinderat lehnt die kurzfristig umsetzbaren Massnahmen für das Laufende Jahr ab, da wir auf einem vom Einwohnerrat verabschiedeten Budget basieren. Die Direktionen und deren Produktgruppenverantwortlichen sind sich bewusst, dass keine unnötigen Ausgaben getätigt werden dürfen. Gleichzeitig hat der Gemeinderat mit dem Steuerungsinstrument Controlling

eine dauernde Aufgabe, die Finanzen zu überwachen, um nötigenfalls geeignete Schritte einzuleiten.

Aufgrund der vergangenen Jahre können wir festhalten, dass eine Finanzplanung über fünf Jahre hinweg gewisse Risiken birgt. Somit ist es auch nicht angebracht, langfristig (ab 2016) umsetzbare Massnahmen bereits heute zu definieren. Dies begründet sich nicht nur auf der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung, sondern auch aufgrund der sich ständig verändernden Gesetzgebung bei Bund (Pflegefinanzierung), Kanton (Steuergesetzrevisionen) und Gemeinden (Parkplatzgebührenreglement).

Die verlangte Kosten-/Nutzenanalyse wäre wahrscheinlich nicht nur bei Leistungskürzungen, sondern auch bei zusätzlichen Einnahmen zu erstellen. Eine neutrale Betrachtung von Kosten und Nutzen ist aufgrund der politischen Ansichten nur schwer möglich. Der Gemeinderat respektive die Direktionen werden zur Entscheidungsfindung, dort wo nötig, eine Kosten-/Nutzenanalyse in Betracht ziehen.

Schlussfolgerung

Der Gemeinderat ist sich der Lage der Gemeindefinanzen bewusst und ist aufgrund der vorstehenden Ausführungen bereit, die Motion teilweise entgegen zu nehmen.

Emmenbrücke, 1. Dezember 2010

Für den Gemeinderat

Dr. Thomas Willi
Gemeindepräsident

Patrick Vogel
Gemeindeschreiber